



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/191 - 25. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Ernste Stunden</u> Zur letzten Moskau-Note an die Westmächte	47
2	<u>Bemerkenswertes Jubiläum</u> 10 Jahre Hessenplan - 10 Jahre Soziale Aufrüstung des Dorfes	46
3 - 4	<u>Vor einem neuen Beginn in Lateinamerika (II und Schluss)</u> Der Konferenzverlauf in Punta del Este Von Max Diamant, Mexiko	97
5 - 6	<u>Der Dichter und die Politik</u> Eine kleine Betrachtung zur Wahlzeit Von Helmut Klausling	99

* * *
* * *

Ernste Stunder

Zur letzten Moskau-Note an die Westmächte

sp - Moskaus Note mit der Androhung, den freien Luftverkehr nach Westberlin zu unterbinden, ist ohne Zweifel ein Teil des Nervenkrieges, den Chruschtschow jetzt auf Hochtouren anlaufen läßt. Wenn nicht alles täuscht, will Moskau den Westen nötigen, so schnell wie möglich entweder ein eigenes Verhandlungsprogramm zur "Deutschlandfrage" vorzulegen, oder ohne Verhandlungen die westlichen Bündnispartner der Bundesrepublik zu zwingen, die "DDR" als Staat anzuerkennen. Außerdem will Chruschtschow wahrscheinlich noch in der Vorbereitungszeit zum 22. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durch drastische Mittel erkunden, wie stark die Solidarität des Westens ist.

Die Westmächte haben den Krenl unmißverständlich wissen lassen, sie würden einen tatsächlichen Eingriff in ihre Rechte an den Luftwegen nach Westberlin durch die Sowjets als eine "sehr ernste Angelegenheit" betrachten. Das bedeutet - wenn man es von der Sprache der Diplomatie in die Normalsprache übersetzt - die unmittelbare Warnung an Moskau, daß der Westen bereit ist, Gewalt mit Gewalt zu beantworten.

Niemand weiß zur Stunde, ob Chruschtschow es auf einen Gewaltakt ankommen lassen will. Aber schon der Gedanke daran, daß ein solcher Gewaltakt möglich sein könnte und heute in den unmittelbaren Bereich der Tagespolitik gestellt werden muß, läßt jeden vernünftig denkenden Menschen erschauern.

Es ist daher selbstverständlich, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich O l l e n h a u e r , am Donnerstag in einer Kundgebung in Bingen erklärte, es müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um einen bewaffneten Konflikt zu verhüten und eine Lösung der internationalen Probleme auf friedlicher Basis herbeizuführen.

Der Generalsekretär der UNO, H a m m a r s k j ö l d , hat gerade zur rechten Zeit in New York angedeutet, daß die Berlin- und Deutschlandfrage unter Umständen auch vor den Vereinten Nationen zur Sprache kommen könne, wenn die Großmächte nicht in der Lage seien, selbst eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Hammarskjöld stützt sich bei dieser Andeutung auf das in den Statuten der UNO festgelegte Recht, überall dort die Stimme zu erheben oder einzugreifen, wo der Friede gefährdet ist.

In dieser Situation, da es darauf ankommt, jeden falschen Schritt zu vermeiden, müssen besonders wir in Deutschland unsere Nerven gegen alle Versuche - ganz gleich, von welcher Seite sie kommen mögen - wappnen, uns in der Weltöffentlichkeit als die "Friedensstörer" darzustellen.

Unsere Empörung über die Provokationen Moskaus und Pankows wird in der Welt verstanden; sie ist berechtigt und entspricht dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, in Frieden und Freiheit wiedervereint zu werden. Es hieße jedoch Wasser auf Chruschtschows und Ulbrichts Mühlen leiten, würden wir als diejenigen erscheinen, die nicht bestrebt sind, t r o t z allem und immer noch den Weg von Verhandlungen zu suchen.

Bemerkenswertes Jubiläum

10 Jahre Hessenplan - 10 Jahre Soziale Aufrüstung des Dorfes

sp - Das sozialdemokratisch regierte Hessen konnte in diesen Tagen ein bemerkenswertes Jubiläum begehen. Vor 10 Jahren wurde im Rahmen der Sozialen Aufrüstung des Dorfes das erste Dorfgemeinschaftshaus eröffnet. Die kritischen Stimmen, die sich bei Beginn der Verwirklichung dieses Planes meldeten, sind inzwischen verstummt. Auch Skeptiker mussten die grossartigen Aufbauleistungen, durchgeführt unter dem Stichwort "Soziale Aufrüstung des Dorfes", anerkennen. Das Gesicht der hessischen Dörfer ist schöner und freundlicher geworden. Dankbar beanspruchen die Frauen der Landwirte die in den zur Erleichterung ihrer schweren Arbeit in den Gemeinschaftshäusern enthaltenen Einrichtungen. Wenn die Landflucht im Bundesland Hessen eingedämmt werden konnte, so ist es den so erfolgreichen Bemühungen der hessischen Landesregierung zu verdanken, das soziale und kulturelle Gefälle zwischen Stadt und Land auf ein Mindestmass zu reduzieren. Leitbild war das Bemühen, Dörfer zu schaffen, in denen der Mensch nicht nur schuftet und schläft, sondern sich auch wohlfühlt und das erhält, was er zur Erfüllung kultureller Ansprüche braucht.

Zu den Vätern des Hessenplanes gehörte der damalige Leiter des Landesamtes für Vertriebene und Flüchtlinge und das heutige Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft, Wenzel Jaksch. Ihm kamen dabei die britischen Erfahrungen bei der Industrialisierung industriearmer Gebiete zugute. Der Erhaltungswille der Einheimischen ging im Rahmen dieses Planes mit dem Aufbau- und Gestaltungswillen der Vertriebenen - ein Viertel der Landesbevölkerung - eine glückliche Verbindung ein. In ganz Hessen stösst man überall auf das Ergebnis ihrer Arbeit, ganze Dörfer und Landstriche tragen den Stempel ihres Wirkens. Hier vollzog sich eine soziale Integration, deren Ausstrahlungen sogar viele Ausländer zum Studium heranlockten.

Das Programm ist noch lange nicht erfüllt, es erfährt eine ständige Erweiterung. 158 Dorfgemeinschaftshäuser wurden seitdem errichtet, 30 sind im Bau und weitere 30 sind noch im Plan vorgesehen. Hinzu kommen noch Einrichtungen der Leibeserziehung und der Bau von Sport- und Sporthallen. In Hessen fehlen noch 1000 Turnhallen. Auch deren Bau ist ein gewichtiger Teil der Sozialen Aufrüstung des Dorfes, ergänzt durch die Schaffung moderner Grünanlagen und Dorfplätzen.

Es gab, wie gesagt, viele Skeptiker und Anfeindungen. Der Angleichungsprozess vollzog sich nicht immer ohne Schwierigkeiten und Reibungen. Einer der Hauptvorwürfe gegen die Schöpfer dieses Planes war der Vorwurf des Kollektivismus. Die jetzigen und künftigen Erfolge sprechen jedoch für sich. Die in Hessen durchgeführte Soziale Aufrüstung des Dorfes gab den Menschen mehr Freiheit und Arbeitserleichterung. Der Zug zur Stadt, Merkmal der modernen Industriegesellschaft, nahm in Hessen ab. Das spricht für sich. Die Autoren des Hessenplanes können mit Recht von sich aus sagen, durch ihre Initiative eine Entwicklung eingeleitet zu haben, die auch anderen Ländern Vorbild sein kann.

Vor einem neuen Beginn in Lateinamerika (II und Schluss)

Der Konferenzverlauf in Punta del Este

Von Max Diamant, Mexiko

Weit über Lateinamerika hinaus haben der Verlauf und die Resultate der interamerikanischen Wirtschaftskonferenz in Punta del Este eine wichtige und unmittelbare politische Bedeutung. Nicht zuletzt, weil hier die Kennedy-Regierung das erste Mal seit ihrer Existenz auf selbstgewähltem Felde und mit einer eigenen Konzeption eine unglaublich schwierige Aufgabe nach eigener Methode initiativ angepackt hat. So gesehen, ist bei Gelegenheit dieser lateinamerikanischen Aufgabenstellung überhaupt zum ersten Mal auf der aussenpolitischen Arena der eigene Stil der Kennedy-Politik "chemisch rein" sichtbar geworden. Mit seinem Plan, der schnellen und energischen Ingangsetzung und dem erfolgreichen Konferenzverlauf, hat jetzt Kennedy die politischen Führungskräfte und die Öffentlichkeit Lateinamerikas weitgehend davon überzeugt, dass sein Regierungsstil nicht nur im Willen sondern auch in der Umsetzung zur Tat aus zwei tragenden Faktoren sich zusammensetzt: eine eigene umfassende Konzeption plus eine dynamische Zielstrebigkeit.

Gleichberechtigte Partner

Die nordamerikanische Konferenzdelegation unter dem Finanzminister Douglas Dillon hielt sich streng an die positiven Erfahrungen und an die Maxime Stevensons, jede einzelne der vertretenen lateinamerikanischen Regierungen absolut als gleichberechtigten Partner zu werten. Die sehr scharf beobachtende lateinamerikanische Öffentlichkeit erlebte zu ihrem Staunen, dass in allen Grundfragen eine weitgehende, ja fast geschlossene Übereinstimmung zwischen den lateinamerikanischen und nordamerikanischen Vertretern herrschte. Die einzige Ausnahme bildete die kubanische Delegation unter der Führung des besonderen Vertrauensmanns Fidel Castro, des Er. med. "Ché" Guevara, der möglichst zu allen Fragen eine besondere kubanische Position zu entwickeln suchte. Für den Verlauf der Konferenz hatte das die Wirkung, dass sie nur deswegen langwierig sich gestaltete, weil über die bestmögliche Art der Durchführung des Kennedy-Plans zwischen den einzelnen Gruppen und Richtungen der lateinamerikanischen Delegationen immer wieder neue Debatten geführt wurden - und weil sehr viele kubanische Deklarationen hier eine Tribüne suchten. Gegenüber den langen Reden Guevaras und seinen politischen Insinuationen konnte Dillon sich damit begnügen, knapp die Ausgangspositionen über Sinn und Charakter der vorgeschlagenen "Allianz für die Freiheit" zu betonen. Zu den langwierigen sachlichen Debatten um die Form der Organisierung der "Allianz" vermied es die nordamerikanische Delegation ebenfalls, eine Arbeiter-Rolle zu übernehmen. Sie bemühte sich im Gegenteil um einen Ausgleich und um eine sachliche Annäherung der verschiedenen lateinamerikanischen Gesichtspunkte.

Zehnjähriges Entwicklungsprogramm

Dem Namen nach war die Konferenz eine Tagung des Sozialökonomischen Rats der "Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS), aber der Sache nach war sie die erste Arbeitstagung des jetzt formell bestätigten Kennedy-Plans, um hier gleich das Gerüst des 10-jährigen Entwicklungsprogramms für ganz Lateinamerika zu schaffen. Abgesehen von der kubanischen Frage in Lateinamerika, gab es auf dieser Konferenz wirkliche Differenzen nur rund um die organisatorischen und technischen Meinungsverschiedenheiten, die bei den Beratungen auftauchten. Die Diskussion entschied, wie der Kennedy-Plan funktionieren soll, auf welchen Wegen die Zuteilung der Mittel am rationellsten erfolgen kann, wie die Aufwendungen nach der sozialen und produktiven Seite hin zu sichern sind, welche Kontrolle zur sachlichen und finanziellen Überprüfung der Leistungen zweckentsprechend funktionieren kann.

Der Hauptpunkt der Differenzen konzentrierte sich in der Auseinandersetzung zwischen den sogenannten lateinamerikanischen "Grossen" - Brasilien, Argentinien und Mexiko, denen sich Kolumbien und Peru zugesellt haben - und der grossen Mehrheit der kleinen lateinamerikanischen Länder. Die Gruppe der Grossen lehnte es ab, dass etwa ein neuer panamerikanischer Planorganismus als selbständige und führende Körperschaft geschaffen wird, der dann im weiteren zu einer Art Oberleitung aller Entwicklungsprogramme der lateinamerikanischen Länder werden könnte. Sie zogen es vor, in bilateralen Vereinbarungen mit den USA ihre eigenen Entwicklungsprogramme in Gang zu setzen. Die kleinen lateinamerikanischen Länder befürchteten bei einer solchen Regelung offenbar eine Priorität der "Grossen". Entsprechend der vorherrschenden Stimmung eines betonten Nationalismus und Nationalstolzes, stand aber hinter der Haltung der lateinamerikanischen "Grossen" wohl eher der Wunsch, auch bei der Verwirklichung ihrer eigenen Entwicklungsprogramme direkt und auf gleichem Fuss mit den USA zu verhandeln; auch der Form nach wollten sie es vermeiden, in irgendeiner Form einer übergeordneten supranationalen Instanz unterstellt zu sein. Die bei Schluss der Konferenz angenommene "Charta von Punta del Este" enthält dazu folgende ausgleichende Regelung:

- a) Alle Entwicklungsprogramme der einzelnen lateinamerikanischen Länder sollen zur Begutachtung einem internationalen Ausschuss von spezialisierten Gutachtern vorgelegt werden, der in jedem Falle nach der entsprechenden Auswahl des Generalsekretärs der OAS und des einzelnen Landes paritätisch zusammengesetzt ist;
- b) ein von dem entsprechenden Land der "Interamerikanischen Entwicklungsbank" zur Finanzierung vorgelegt werden;
- c) den relativ am meisten bedürftigen kleinen Ländern wird in einem direkten Prioritätsverfahren eine einmalige Soforthilfe gewährt, die in den nächsten 60 Tagen bis zu einem Drittel der ersten Milliarde erreichen kann, die für das laufende Jahr aus dem Entwicklungsfonds überweist.

Grundsätzlich bedeutet diese Regelung, dass es in Zukunft einen Planmechanismus für Lateinamerika geben wird, nur dass seine Funktionen unter verschiedenen Institutionen aufgeteilt bleiben. Die Beschlüsse zeitigten im Grossen noch folgende Ergebnisse: 1. Etablierung eines Fonds von mindestens 20 Milliarden Dollar zur direkten Finanzierung der Entwicklungsprogramme durch die nächsten zehn Jahre; 2. Hilfe bei der lateinamerikanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und bei der regionalen Integrierung der lateinamerikanischen Länder; 3. Unterstützung Lateinamerikas in seinen Handelsbeziehungen mit ausseramerikanischen Partnern; 4. Zusammenarbeit bei der notwendigen Sicherung eines stabilen und gesunden Preisniveaus für die grossen Rohstoffe Lateinamerikas. Was die Frage der lateinamerikanischen Rückzahlungen angeht, sprach der Finanzminister Dillon davon, dass minimale Zinsen und ein

Der Dichter und die Politik

Eine kleine Betrachtung zur Wahlzeit

Von Helmut Klausung

Wir befinden uns wieder einmal mitten im Wahlvergnügen, und wer die Wahl hat, hat die Qual. Ist die Auswahl an obligaten Parteien (oh liebe Fünfprozentklausel!) auch nicht mehr so enorm wie eheden, es kann doch noch eine bestimmte A u s w a h l getroffen werden. Die Vox populi pflegt immer von den abenteuerlichsten Imponderabilien abhängig zu sein, doch zwischen Rechts und Links dürfte wohl in gewissem Sinne die Entscheidung fallen, wenn es sich dabei, wie vor 20 oder 30 Jahren, auch um keine Alternative zwischen Rechtsradikalen und Ultralinken handeln kann.

Doch blenden wir - vielleicht kann's nebenbei ganz lehrhaft sein - ein bisschen zurück. Hören wir zu, was die Dichter und Denker der dreissiger Jahre zur Lage von damals gemeint haben. Gleich zum bedeutendsten. zu Thomas N a n n.

Als "Bürger der Humanitas" hatte er rascher als viele seiner Kollegen erkannt, dass es nur e i n e Möglichkeit gab, die faschistischen Raubaffen zum Rückzug zu zwingen: die deutsche Sozialdemokratie! Sie hatte sich schon damals zum Sammelbecken aller fortschrittlich gesinnten Kräfte entwickelt. Ja, sie unterhielt, nach des Dichters Meinung, weit innigere Beziehungen zum lebendigen Geiste als ihr bürgerlicher Widerpart. Nur ihr würde es aus diesem Grunde auch möglich sein, die demokratische Staatsform zu schützen. Wörtlich sagte der grosse Dichter und Schriftsteller:

"Die Arbeiterschaft - was ist das? Es ist die Sozialdemokratie. Jedes Kind weiss, dass, wenn damals das Rheinland abgefallen wäre, es bei diesem Landesteil nicht geblieben wäre. Wenn es die nationale Haltung der Sozialdemokratie war, durch welche der Misserfolg des Separatismus entschieden wurde - und das ist die historische Wahrheit - so hat die Sozialdemokratie das Reich gerettet, und nicht zum ersten Male war es, dass dies geschah. Als die Zügel der monarchistischen Herrschaft im blutigen Kote schleiften (1918) und niemand da war, sie zu ergreifen, hat die Sozialdemokratie diese Zügel aufgenommen und damit die tragisch zu nennende undankbare Verantwortung für die Bereinigung des Krieges getragen. Sie hat das Chaos, in dem ein historisch erledigtes und flüchtig gewordenes System das Land zurückgelassen hatte, in eine notdürftige Ordnung überführt.

Das Wort voll ruchloser Ungerechtigkeit, dies vollkommen gewissenlose Wort von den "Novemberverbrechern" - der ist in Wahrheit des redlichen deutschen Namens nicht wert, der es ohne Empörung hört oder gar über die Lippen lässt. Die Sozialdemokratie wusste damals, als es einen richtigen Weg für Deutschland überhaupt nicht mehr gab, wenigstens einen gangbaren Pfad zu weisen. Wohin aber der Nationalsozialismus uns führen würde, das wissen wir aus dem einfachen Grunde nicht, weil er es selber nicht weiss.

Der Staatsmann, dessen Wirken die ausserdeutsche Welt wieder einmal bestimmt hat, die Vokabel "gross" mit dem deutschen Namen zu verbinden, hat sein Werk getan, gestützt auf die Sozialdemokratie. Auf seine eigene Partei konnte dieser Stresemann sich nicht stützen. Sie ist ihm innerlich nie gefolgt, und nur der Druck seiner Persönlichkeit hielt sie notdürftig bei seinem Willen".

Und am Schluss seiner bedeutenden Rede, die man viel, viel besser hätte beherzigen sollen, stellte der grosse europäische Romancier fest:

"Wenn ich der Überzeugung bin - einer Überzeugung, für die es mich drängt, nicht nur meine Feder, sondern auch meine Person einzusetzen - dass der politische Platz des deutschen Bürgertums an der Seite der Sozialdemokratie ist, so verstehe ich das Wort 'politisch' im Sinne der inneren und äusseren Einheit!"

Mit Thomas Mann stellte sich auch die einsichtigere Hälfte der preussischen Dichterkademie hinter diese Ansicht. Vor allem sein Bruder Heinrich Mann, damals Vorsitzender dieser Kulturinstitution, Ricarda Huch, Oskar Lörke, Alfred Döblin und Ludwig Fulda.

Zu den Rechtsrabauken hatten sich Ernst Jünger, Hanns Johst, Stegweit, Kolbenheyer, Hans Grimm, Hans Frank, Finckh, Blunk und andere geschlagen, die geradezu darauf brannten, ihre Versfüsse strammstehen zu lassen. Leider gehörte auch der liebenswürdige Emil Strauss zu dieser finsternen Gesellschaft.

Ein guter "Linker" war auch damals schon Erich Kästner. Vor mir liegt ein altes UHU-Heft, wo sich Kästner in einer köstlich illustrierten "Reichstags-Romane" über die einschlägigen Parteien der Weimarer Republik auslässt. Einiges, das seinem Wesen nach auch heute noch nicht völlig verblasst ist, sei daraus zitiert.

"Die SPD, wie dem auch sei, / Ist unsere grösste Volkspartei. / Am meisten stärkt sie das Vertrau'n / Im Preussen durch Herrn Otto Braun. / Sie fördert ihrer Sehnsucht Schritte / Und naht der bürgerlichen Mitte. / Drum schliesse sich, sprach Thomas Mann, / Der Bürger Wilhelm Müllern an".

Dann aber kommen die Nazis an die Reihe:

"Wer ist des Dritten Reichs Vermittler? / Das ist und bleibt der Adolf Hitler. / Im Sinn von Wotans Politik / Regiert in Weimar Dr. Frick. / Im Reichstag sind sie sehr beliebt, / Weil's über sie zu lachen gibt. / Sie schimpfen auf die Rassefremden / Und tragen schöne braune Hunden. / Sie schwärmen für den Paroxismus / Und den Sozialkapitalismus. / Sie heben ihre Hand zum Gruss / Und sind auch sonst etwas konfus!"

Und zur KPD: "In Russland sitzt die grosse Sphinx, / Die Kommunisten sitzen links. / Sie blicken auf die Weltenuhr / Und warten auf die Diktatur. / Inzwischen aber hassen sie / Die Sozialdemokratie."

Zum Zentrum: "Von Rom aus wird nicht nur gepredigt, / Es wird auch anderes erledigt. / Die Politik ist ein Gebiet, / Wohin's die Kirche mächtig zieht. / Herr Brüning, milde von Natur, / Liebügelt mit der Diktatur. / Die Herde blickt gefasst nach oben, / bereit, was auch geschieht, zu loben."

Und nun zu den strammen Deutschnationalen: "Was früher war, gilt für untadlig, / Man sieht es; die Partei ist adlig / Und wenn's mal regnet, heisst es gleich: / Das gab es nicht im Kaiserreich!"

Von der "Deutschen Volkspartei": "Einst lebte man von Ruhm und Glanz / Und der Bedeutung Stresemanns. / Jetzt hat man sich den Herrn von Seekt / Für alle Fälle zugelegt."

Von der "Staatspartei, den ehemaligen Patentdemokraten": "Koch (Weser) schlug was übrig war entzwei / Und nannte es die Staatspartei".

Über das "kleine Zentrum, die bayrische Volkspartei": "Das wichtigste sind ihr am Staat / Die Länder und das Konkordat."